

Bündnis „Druck! machen“ beitreten

Beschluss des Landesvorstandes vom 20. Mai 2016

Beschluss:

Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen beschließt:

1. DIE LINKE. Sachsen versteht sich als Teil des Bündnisses „Druck! machen“
2. DIE LINKE. Sachsen nimmt den Forderungskatalog des Bündnisses zustimmend zur Kenntnis und versteht ihn als Minimalkonsens für eine Zusammenarbeit progressiver zivilgesellschaftlicher Kräfte, Organisationen, Vereine und Parteien in Sachsen für einen demokratischen Aufbruch des Freistaates.

Politische Botschaft:

DIE LINKE. Sachsen ist bereit, an einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis für ein demokratisches und weltoffenes Sachsen mitzuwirken.

**Maßnahmen der
Öffentlichkeitsarbeit:**

Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Weitere Maßnahmen:

-

Finanzen:

-

Die Vorlage wurde abgestimmt mit:

-

Den Beschluss sollen erhalten:

Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinatorin

Abstimmungsergebnis:

Einvernehmlich beschlossen.

F.d.R.

Dresden, 23. Mai 2016



Antje Feiks
Landesgeschäftsführerin

Begründung:

Mit dem Bündnis „Druck! machen“ wird derzeit versucht, ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis zu schmieden, das sich aus VertreterInnen von Parteien, Verbänden, Vereinen, Kirchen, Flüchtlings- und Willkommensinitiativen zusammensetzt. Ziel ist es, in Zeiten, da „sächsische Verhältnisse“ zum Synonym für einen Mangel an Demokratie und Weltoffenheit, an vordemokratischen Zuständen geworden ist, diejenigen Kräfte zu bündeln, die einen Willen zur Veränderung dieser Verhältnisse im Sinne eines progressiven demokratischen und kulturellen Aufbruchs haben.

Aus der ersten Konferenz vom 30. April 2016 heraus wurde der angehängte Entwurf Forderungskatalogs formuliert, der nunmehr „Geschäftsgrundlage“ für die gemeinsame Zusammenarbeit sein soll. Dabei ist natürlich logisch, dass dieser Katalog in Teilen hinter unseren Forderungen zurückbleibt. Deshalb muss er auch als Minimalkonsens einer Zusammenarbeit verstanden werden. Auf dieser Grundlage sollte uns als Partei, die die radikale demokratische und soziale Erneuerung des Freistaates anstrebt, eine Mitwirkung am Bündnis möglich sein. Wir werben deshalb um Zustimmung.